

VR-07 (V-103)-056 Migrations- und Asylpolitik: Zurück zur Vernunft

Antragsteller*in: Sebastian Schäfer (KV Esslingen)

Änderungsantrag zu VR-07 (V-103)

Von Zeile 56 bis 74:

~~Zu oft wirkt Politik ratlos im Umgang mit Herausforderungen und versucht Symbole zu setzen. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den diversen Problemen auf verschiedenen Ebenen wird so verhindert. Dabei~~Es gibt es in unserem Land so viel Expertise, auf die wir zurückgreifen könnten. ~~Der Bundeskanzler~~**Die**

Bundesregierung sollte deswegen

ein Gremium einsetzen, das mit Experten aus Wissenschaft und Forschung und Praxis Antworten

auf brennende Fragen entwickelt und diese Antworten in den politischen Prozess

bringt: Was brauchen Kommunen konkret? Wo und wie gelingt Integration am besten? Welche Möglichkeit gibt es, Fluchtursachen zu bekämpfen oder die europäische und globale

Verteilung, vor allem auch in Nachbarstaaten von Kriegs- und Krisengebieten zu verbessern, damit weniger Menschen zu uns fliehen müssen? Woran

hakt es bei der Arbeitsaufnahme noch? Wie kann irreguläre Migration begrenzt werden?

Wie schaffen wir gleichzeitig ein Asylsystem, das seine begrenzten Ressourcen für die Schutzbedürftigen aufwendet? Welche Fragen bewegen die Menschen gerade

am meisten? Andere Fragen sollten ergänzt werden, alles kann auf den Tisch. ~~Aber~~

Politik wird ~~nicht~~ besser, wenn ~~man der Wissenschaft immer schlechter zuhört~~sie wissenschaftliche Erkenntnisse in ihre Meinungsbildung einbezieht. ~~Es~~

Es gibt viele Lehrstühle, Gremien und Institute und Räte, ~~aber sie sollten von der~~

~~Politik endlich gehört werdenden~~Expertise in den politischen Prozess stärker einfließen sollte. ~~Deswegen sollten die Regierungsfractionen und die~~

~~demokratische Opposition zusagen, dass die~~Die Vorschläge des Gremiums ~~im~~

~~parlamentarischen~~sollen deshalb im politischen Prozess beraten und diskutiert werden. Ob sie am Ende

umgesetzt werden, entscheidet natürlich ~~das Parlament~~die Politik. Wir können und

sollten in

der Politik unterschiedlicher Meinung zu politischen Forderungen sein - aber die

Forderungen sollten ~~endlich wieder~~ evidenzbasiert sein.

weitere Antragsteller*innen

Sebastian Pewny (KV Bochum); Lars Maximilian Schweizer (KV Ludwigsburg); Michael Joukov (KV Ulm); Franz Martin Rumiz (KV Stuttgart); Gabriele C. Klug (KV Frankfurt); Sonja Lohf (KV Bochum); Michael Gross (KV Biberach); Frank Wigger (KV Nürnberg-Stadt); Miriam Dahlke (KV Frankfurt); Michael Jahn (KV Esslingen); Alexander Link (KV Heidelberg); Johannes F. Kretschmann (KV Sigmaringen); Bennet Müller (KV Aalen-Ellwangen); Simon Zunk (KV Uckermark); Andreas Kappler (KV Berlin-Lichtenberg); Inga Loke (KV Lippe); Florian Tröndle (KV Waldshut); Detlef Harting (KV Rhein-Kreis-Neuss);

Simon Richter (KV Berlin-Pankow); sowie 40 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.